

Jubiläum



Zwischen Schrei-Ambulanz und Notfalltelefon

Seite 2

Treffpunkt



Immer wieder dienstags...

Seite 2

Projekte



Auch Männer erleiden sexuelle Gewalt

Seite 3

Aus dem Verband



Neue Landesgeschäftsstelle

Seite 4

Schwangerschaftsabbruch: Auch das Land ist in der Pflicht

Der Abbruch einer Schwangerschaft ist in Deutschland in der Regel rechtswidrig, unter bestimmten Bedingungen jedoch straffrei bis 12 Wochen nach Empfängnis möglich. Das Schwangerschaftskonfliktgesetz von 1995 verpflichtet zur Beratung und Hilfe bei ungeplanten Schwangerschaften – aber auch zur Sicherstellung der medizinischen Dienstleistung.

Frauen müssen sich vor einem Schwangerschaftsabbruch in einer anerkannten Konfliktberatungsstelle beraten lassen. Dort können sie alle Fragen ansprechen und sich über Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten informieren. Die Beratung im gesetzlichen Auftrag ist ergebnisoffen zu führen. Für Frauen, die sich nach einer weiteren Bedenkzeit für den Abbruch der Schwangerschaft entscheiden, müssen nach dem Gesetz ausreichend Einrichtungen in den Ländern zur Verfügung stehen, die den Eingriff vornehmen. Dies liegt in der Verantwortung des Landes. In Baden-Württemberg gibt es bislang allerdings keine Übersicht, welche Ärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und welche Methoden sie anwenden.

Die Schwangerenberatungsstellen beobachten, dass immer weniger Ärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Nach den Erkenntnissen der Beratungsstellen gibt es nur etwa 60



Ärzt*innen in Praxen und OP-Zentren sowie elf Kliniken in Baden-Württemberg, an die sie Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung verweisen können. Darüber hinaus sind einige weitere Ärzt*innen bekannt, die nur in Einzelfällen und nur bei eigenen Patientinnen Abbrüche vornehmen.

Zum Vergleich: In Baden-Württemberg praktizieren 1612 Ärzt*innen des Fachgebiets Frauenheilkunde.

Vor Diffamierung schützen

Frauen, die sich selbst auf die Suche machen, brauchen viel Geduld und Zeit – und dies in einer Konfliktsituation und unter hohem Zeitdruck. In dieser belastenden Situation sind sie teilweise gezwungen, weit zu reisen. Denn nach den Erkenntnissen der Schwangerenberatungsstellen gibt es in 14 Land- und Stadtkreisen kein Angebot (mehr). In weiteren vier Landkreisen werden nur medikamentöse und keine operativen

Eingriffe mehr angeboten. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes 2017 sind 61 Prozent der Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen, bereits Mütter – sie müssen also regeln, wie die Kinder in der Zeit betreut werden. Das führt zu zusätzlichen großen Belastungen.

Im Einklang mit anderen Trägern sieht **pro familia** großen Handlungsbedarf seitens des Landes, die Information und die Versorgung zu verbessern. Dies beginnt mit der Erfassung der Situation und der laufenden Überprüfung und Ergänzung der Listen, die künftig durch die Bundesärztekammer aus freiwillig gemeldeten Daten erstellt werden sollen. Medizinische Aspekte von Schwangerschaftsabbrüchen müssen mehr Raum sowohl in der Ausbildung als auch der Fortbildung für Mediziner*innen einnehmen. Kliniken im Land sollten dazu angehalten werden, Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung anzubieten. Die Mehrzahl der Kliniken führt nur Abbrüche nach medizinischer oder kriminologischer Indikation durch – dies betrifft lediglich circa vier Prozent der Abbrüche. Es sollte überprüft werden, ob die Vergütungspauschale für Schwangerschaftsabbrüche noch kostendeckend ist. Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen einer vom Gesetzgeber vorgegebenen Regelung durchführen, müssen vor Diffamierungen und Anfeindungen geschützt werden.

Der Streit um den Strafrechtsparagrafen 219a

Die Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel nach § 219a StGB brachte den Stein im November 2017 ins Rollen. Sie hatte auf ihrer Homepage darüber informiert, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Nach § 219a StGB ist das verbotene „Werbung für den Abbruch einer Schwangerschaft“.

Was bei jeder anderen medizinischen Dienstleistung zwingend von Mediziner*innen gefordert wird – nämlich die bestmögliche und einfach zugängliche Aufklärung über einen Eingriff – ist hier bei Strafe untersagt. Seit einigen Jahren nutzen Anti-Choice-Aktivist*innen den Paragrafen gezielt, um Ärzt*innen anzuzeigen. Eine breite gesellschaftliche Bewegung hat die Streichung des § 219a gefordert. Denn er ist kein Kernelement der heutigen gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland.

Der aus der Nazizeit stammende Paragraf steht dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Information und freie Arztwahl entgegen, offenbart ein problematisches Frauenbild, verunsichert und kriminalisiert Ärzt*innen, denen reißerische Werbung schon durch die ärztliche Standesordnung strikt untersagt ist. Die Regierungskoalition, die Ab-

hilfe zugesagt hatte, präsentierte nach zähem Ringen einen „Kompromiss“. Der belässt den § 219a im Strafgesetzbuch. Ergänzt wird lediglich die Regelung, dass Ärzt*innen künftig Schwangerschaftsabbruch als Leistung benennen dürfen. Weitere Informationen, etwa zu Methoden und Verfahren, sind ihnen weiterhin untersagt. Diese Informationen sollen Frauen künftig zentral von der Bundesärztekammer bekommen – soweit Ärzt*innen Daten zur Veröffentlichung dorthin melden. Zum Kompromiss gehört auch, für Frauen bis zum Alter von 22 Jahren (statt bisher 20) die Kosten für Verhütungsmittel zu übernehmen – übrigens eine Altersgruppe, in der der Anteil an Schwangerschaftsabbrüchen gering ist. Außerdem wurden fünf Millionen Euro für eine Studie über die Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen bewilligt – und das, obwohl es bereits viele aktuelle und Langzeitstudien gibt.

pro familia fordert Schutzzonen vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Langzeitbelagerungen von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nehmen zu. Gegner*innen der geltenden Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland sammeln sich betend und singend, mit Plakaten und Holzkreuzen zu „Mahnwachen“ unmittelbar vor dem Eingang von Beratungsstellen. 40 Tage dauern die Aktionen jeweils. **pro familia** fordert Schutzzonen.

Die Belagerungen, Teil einer internationalen Kampagne, zielen auf Frauen, die den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft erwägen und zur verpflichtenden Beratung kommen. Betroffen sind in Deutschland bislang **pro familia** Beratungsstellen in Frankfurt, Wiesbaden, Pforzheim und München. Dies kann nicht hingenommen werden. **pro familia** fordert, im Schwangerschaftskonfliktgesetz eine Schutzzone beziehungsweise Sichtabstandswahrung zu verankern. Nur so können die dort verbrieften Rechte der Frauen und der dort formulierte Auftrag der anerkannten Beratungsstellen sichergestellt werden. Arztpraxen müssen bei Bedarf in gleicher Weise geschützt werden. Bislang zögern die Kommunen mit Hinweis auf das Versammlungsgesetz, Auflagen gegen die Demonstrierenden auszusprechen. Die Stadt Pforzheim hat im März 2019 erstmals Auflagen erlassen, dagegen wurden rechtliche Schritte angekündigt.

Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind hohe Rechtsgüter. Auch der Protest gegen Schwangerschaftsabbrüche ist legitim. Doch die angewandten Methoden müs-

sen im Einklang mit der Wertordnung des Grundgesetzes stehen, gesetzliche Regelungen, Rechte und Aufgaben der Beratungsstellen und die Persönlichkeitsrechte der Frauen achten. Der Staat kann eingreifen, um dies sicherzustellen, sofern die Auflagen verhältnismäßig, geeignet, erforderlich und angemessen sind sowie einen legitimen Zweck erfüllen.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Denn die Beratungsstellen arbeiten im unmittelbaren staatlichen Auftrag und sind Teil des Schutzkonzeptes für das ungeborene Leben. Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz müssen sie unverzügliche Beratung, auf Wunsch auch anonym, anbieten. Die Beratung muss unvoreingenommen, in vertrauensvoller Atmosphäre und ergebnisoffen erfolgen. Die Belagerung behindert diesen gesetzlichen Auftrag, übt Druck auf Frauen aus und greift in ihre Persönlichkeitsrechte ein. Denn sie können nicht ausweichen und auch nicht 40 Tage warten. In einigen Ländern gibt es bereits gesetzliche Regelungen gegen Belagerungen, etwa in Österreich, Frankreich und Kanada.

Editorial



Das vergangene Jahr hat **pro familia** nicht nur fachlich durch die große Nachfrage nach Beratung, Angeboten der sexuellen Bildung und neuen Konzepten, etwa zur besseren Unterstützung geflüchteter Menschen, viel abverlangt. **pro familia** musste auch das Recht auf ungehinderten Zugang zur Beratung verteidigen. In Pforzheim lauerten Anti-Choice-Aktivist*innen, für sich reklamierend „im Namen Gottes“, zwei Mal 40 Tage lang vor der **pro familia** Beratungsstelle den Beratungskräften und ratsuchenden Frauen auf, um gegen die geltende Rechtslage beim Schwangerschaftsabbruch zu protestieren: ausgerechnet dort, wo der Staat ungewollt Schwangeren in der Krise besonderen Schutz, Hilfen, Vertraulichkeit und Anonymität garantiert. Das ist nicht Meinungsfreiheit, sondern Agitation auf dem Rücken von Frauen in Krisensituationen – dazu sagen wir nein. Und wir danken all jenen, die diese Missachtung der Rechte von Frauen und der im staatlichen Auftrag handelnden Beratungsstellen ebenfalls ablehnen und mit uns Schutzzonen vor Schwangerenberatungsstellen fordern.

Es entsetzt uns, dass trotz breiter gesellschaftlicher Proteste der Strafrechtsparagraf 219a bleibt und es Frauen weiterhin schwer gemacht wird, dringend benötigte Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zeitnah zu bekommen. Besonders zynisch: Die schwarz-rote Regierung gibt fünf Millionen Euro zur Erforschung einer Frage aus, zu der es aktuelle und fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse längst gibt. Das ist ein teurer Egotrip auf Staatskosten für einen Minister, der die widerlegte Behauptung der Anti-Choice-Bewegung über grundsätzlich traumatische Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen mit wissenschaftlicher Autorität versehen möchte – während er Wissenschaft gleichzeitig durch seine Ignoranz unterminiert. Geld und politischer Wille wären an anderer Stelle dringend nötig: um Menschen mit geringem Einkommen sichere und verträgliche Verhütungsmittel zugänglich zu machen oder um die Situation junger Mütter zu verbessern. Dafür setzen wir uns weiter ein – danke für Ihre Unterstützung!

Ihre Ruth Weckenmann
1. Vorsitzende **pro familia**
Baden-Württemberg

IMPRESSUM

pro familia Baden-Württemberg
Königstr. 2 · 70173 Stuttgart
Tel. 0711 259 9353 · Fax 0711 259 9355
E-Mail lv.baden-wuerttemberg@profamilia.de
www.profamilia.de/baden-wuerttemberg
V.i.s.d.P.: Gudrun Christ
Textredaktion: Gudrun Christ, Sabrina Stopper
Satz und Gestaltung: Kreativ plus, Stuttgart
www.kreativplus.com
Druck: Druckerei Raisch, Reutlingen
Auflage: 6.500
Foto 5.1 · AdobeStock

Die schwerste Entscheidung

*Es gibt Momente im Leben, da wünscht man sich ein Baby.
Und es gibt Momente, da kann man sich das nicht vorstellen:
ein Kind zu bekommen und es großzuziehen. Was passiert dann?*

Frauen, die über einen Schwangerschaftsabbruch nachdenken, sind oft in ganz normalen Beziehungen oder haben schon Kinder. Zwei Konstanzer Berater erzählen von ihren Erfahrungen.

Egal, welche Gründe es für ihre Zweifel gibt: Vor jeder Abtreibung muss sich eine Frau bei einer staatlich anerkannten Stelle beraten lassen, in Konstanz bei **pro familia** oder der Diakonie. Erst dann bekommt sie eine Bescheinigung ausgestellt, mit der sie bei einem Arzt oder in einer Klinik einen Termin für einen Abbruch vereinbaren kann. Leo Lensing hat schon viele solcher Gespräche geführt. Seit 28 Jahren ist der Psychologe mit dem Schwerpunkt Paar- und Sexualberatung bei **pro familia** Konstanz. Wie viele dieser Frauen ihr Kind doch bekommen haben, weiß er nicht und könne er meist auch nach dem Gespräch nicht abschätzen. Einfluss nehmen darf und will er also nicht, dennoch ist Lensing an etwas gebunden: Das Schwangerschaftskonfliktgesetz. Darin heißt es, die Beratung diene dem Schutz des ungeborenen Lebens. „Dazu stehen wir auch ganz klar“, sagt Lensing. Wie passt das zusammen? „Es ist eine ergebnisoffene Beratung, die die Frau dazu ermutigen soll, das Kind zu behalten, sie gleichzeitig aber nicht bevormunden darf“, antwortet Lensing. „Wir fragen beispielsweise: Würde ein Kind ihr Leben stark oder weniger stark verändern?“ Es gebe keine objektiven,

„Der Beruf spielt eine größere Rolle als früher. Die Frauen wollen erst ein sicheres Nest schaffen, bevor sie ein Kind bekommen.“



Doris Wilke,
Leiterin
**pro familia
Konstanz**

„Die Entscheidung liegt alleine bei der Frau. Und diese Entscheidung fällt intuitiv, nicht anhand einer Pro- und Contra-Liste.“



Leo Lensing, Psychologe
bei **pro familia**

allgemein gültigen Gründe ein Kind nicht zu bekommen – nur subjektive Empfindungen.

Nur wenige sind jünger als 20 Jahre
Meist, sagt Doris Wilke, sind es ganz normale Beziehungen, in denen es eine ungewollte Schwangerschaft gibt. „Es kann sein, dass die Frau bereits Kinder hat und sich nicht vorstellen kann, weiteren gerecht zu werden oder die Beziehung nicht tragfähig scheint.“

Unabhängig vom Alter oder der Umstände eint all diese Frauen der enorme Druck, sich innerhalb von zwei, drei Wochen entscheiden zu müssen: Will ich dieses Kind? Doris Wilke erlebt diesen Druck bei allen Frauen, die zu ihr in die Schwangerschaftskonfliktberatung kommen. Manchmal üben aber auch andere Druck aus. Der Partner etwa. „Wir werden schon sehr hellhörig, wenn die Frau sagt: ‚Mein Freund findet das nicht so toll‘. Oder wenn wir die Frau etwas fragen und der Mann antwortet.“ Bei etwa einem Viertel der Beratungen seien die Partner dabei, gelegentlich die Schwester oder Freundin, manchmal die Mütter der Frauen.

„Problematisch wird es dann, wenn die Begleitperson versucht, die Frau zu beeinflussen“, sagt Wilke. „Es gibt auch Momente, in denen wir einschreiten. Wir behalten uns vor, die Klientin zumindest zeitweise alleine zu beraten.“ Spricht die Frau kein Deutsch, organisiert **pro familia** einen externen Dolmetscher. „Dass etwa der Mann übersetzt – das geht gar nicht“, sagt Lensing.

Wer abtreiben will, findet kaum Infos

Ein zusätzlicher Stressfaktor für die Frauen: Wer abtreiben will, findet fast keine sicheren Informationen dazu. Im Internet gibt es zwar viele Seiten zu dem Thema. Aber nicht selten sind es falsche Informationen, die Lensing und Wilke in den Beratungsgesprächen aufklären. Sachliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche werden zu einer Art Geheimwissen.

Fotos und Text: Sandra Pfanner für den Südkurier vom 18.8.2018. Gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Zwischen Schrei-Ambulanz und Notfalltelefon 40 Jahre pro familia Heilbronn

Es war eine bewegte Zeit, als die Frauenbewegung in den 1970-er Jahren um die Reform des Abtreibungsparagrafen 218 kämpfte. Schwangerschaftsabbruch war illegal, Frauen fühlten sich kriminalisiert. Vor 40 Jahren, 1978, wurde die **Heilbronner pro familia** mit finanzieller Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt als Schwangeren-Beratungsstelle gegründet.



Die langjährige Heilbronner Leiterin Rosa Baumm-Becker mit ihren Nachfolgerinnen Sabine Hönnige (li.) und Andrea Specht (re.)

Das Thema Abtreibung sei vielen in der Gesellschaft damals ein Dorn im Auge gewesen, blickte Vorsitzende Rosel Götz-Hermann in der Feierstunde zurück. Man habe „heftig um Zuschüsse gekämpft“. Aus provisorischen Anfängen mit einem stundenweise verfügbaren Raum im Böckinger Bürgerhaus ist eine moderne

Beratungsstelle in der Moltkestraße 56 mit sieben festen Teilzeit- und acht Honorarkräften geworden.

Das Angebot hat sich stark erweitert. Inzwischen gehören nicht nur Schwangerenkonfliktberatung und Paarberatung bei Familienplanung oder Krisen zu den Aufgaben. **pro familia** hat in Heilbronn eine Hebamme eingestellt, die Sprechstunden anbietet, um auf die Hebammen-Not zu reagieren. Viele Frauen berichteten verzweifelt, dass sie keine Hebamme mehr finden. „Hebammen vermitteln Sicherheit“, betont Andrea Specht. Sie und Sabine Hönnige, beides Sozialpädagoginnen, leiten heute die **pro familia**-Stelle.

Inzwischen gibt es eine Schrei-Ambulanz für Eltern in Not, deren Babys intensiv schreien. 64 Beratungen waren es 2017 – gut ein Fall pro Woche. Ein anderes Angebot ist der Notruf zum Beispiel bei sexualisierter und häuslicher Gewalt. Er wurde im Vorjahr 164 mal gewählt. Das Gros bilden nach wie vor Schwangerschaftsberatungen. Inzwischen gibt es spezielle Beratungsprojekte für geistig behinderte Frauen, Beratungen in Flüchtlingsunterkünften, eine Gynäkologin berät regelmäßig im **pro familia**-Haus. Wenn mehr Fördermittel da wären, würden Hönnige und Specht

gern ein Aufklärungsprojekt an Grundschulen anbieten. So etwas gibt es in Stadt- und Landkreis Heilbronn bisher nicht. „Es geht um das Benennen, Aufklärung über den eigenen Körper, auch um Gefühle“, betont Sabine Hönnige. Es gebe heute bereits Mädchen, die mit zehn ihre erste Periode haben. Zudem sähen auch Grundschüler im Internet oder auf Handys Dinge, die sie nicht einordnen können.

Abschied

Für Achim Bocher, Leiter des Heilbronner Amtes für Familie, Jugend und Senioren, hat die **pro familia**-Organisation große Verdienste. Dass man heute offen über Sexualität und Familienplanung rede, „ist auch ein Verdienst ihrer Arbeit“, lobte er auf der Feier. „Sie tun es mit ganz viel Herzblut.“

Wehmut kam auf, als die langjährige Leiterin Rosa Baumm-Becker verabschiedet wurde. Mit einem Sketch setzten Mitarbeiterinnen ihr Wirken humorvoll in Szene und bedankten sich mit dem Lied „Für dich soll es rote Rosen regnen“.

Foto und Text: Carsten Frieße für die Heilbronner Stimme vom 29.9.2018. Gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Passgenaues Angebot für Schwangere

Sowohl bei der gesundheitlichen Versorgung, als auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Frühförderung sieht die Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ die Schwangerenberatungsstellen als zentrale Akteure. Mit einer Hebammensprechzeit hat **pro familia Pforzheim** schon früh ein passgenaues Angebot entwickelt.

Mit der Hebammensprechzeit unterstützt **pro familia** Schwangere, Eltern oder Alleinerziehende mit Säuglingen in schwierigen Lebenslagen. Wichtig ist der Beratungsstelle ein niederschwelliger Zugang. Die Hebamme arbeitet freiberuflich und begleitet die Frauen während der Schwangerschaft und bis zum Ende der Stillzeit. Sie gibt Informationen zur Geburtsvorbereitung und Entbindung, zum Wochenbett und Stillen sowie zur Säuglingspflege. Der Alltag mit einem Baby und die Anforderungen an das Muttersein sind ebenso Themen wie Belastungen in der Schwangerschaft, Gefährdung des Kindes, Vorsorge, Wochenbettdepression, Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden, Belastungen nach der Geburt, Eltern-Kind-Interaktion, Ernährung, Vorsorge, Babymassage, interkulturelle Fragen sowie Bildungskurse für Mutter und Kind. Sensibilität gegenüber sozialen, strukturellen und ganz alltäglichen Herausforderungen von Familien sind bei der Beratung von großer Bedeutung.

Zur Hebammensprechzeit treffen sich in den Familienzentren unserer

Kooperationsträger im Stadtteil in der Regel zehn bis zwölf Frauen, zumeist mit multikulturellem Hintergrund, aus fast allen gesellschaftlichen Schichten. Einige sind alleinerziehend, manche leben in Trennung, viele in einer Partnerschaft oder Ehe.

Die Frauen kommen regelmäßig zu den Treffen und sind sehr interessiert an der Gruppe. An manchen Tagen wird ein Frühstück angeboten. Die Kinder können währenddessen spielen oder bei der Mutter sein. Zudem gibt es die Gelegenheit, mit der Hebamme in einer abgeschlossenen Einheit alleine über Probleme zu sprechen. Die Atmosphäre in den Gruppen ist offen, vertrauensvoll, entspannt und humorvoll. Dank der sozialräumlich weiterentwickelten Konzeption der Hebammensprechzeit bekommt **pro familia Pforzheim** Zugang zu vielen Frauen und Familien und kann die verschiedenen Förderangebote dadurch miteinander vernetzen. Die Hebammensprechzeit wird zusätzlich einmal monatlich direkt in der Beratungsstelle angeboten.

Sigrid Kleer-Geib

Immer wieder dienstags...

Jede Woche treffen sich bei **pro familia Stuttgart** junge Schwangere und junge Mütter mit ihren Kindern in der Dienstagsgruppe. Seit zehn Jahren gibt es dieses Angebot der Frühen Hilfen für Mütter bis 25 Jahre.

Für junge, ungewollt schwanger gewordene Frauen ist der Dienstagstreff zu einem vertrauten Ort geworden, an dem man andere Mütter in ähnlicher Lebenssituation treffen kann. Durch die ungeplante Schwangerschaft verändert sich oft das ganze Leben. Der Freundeskreis erweist sich nicht mehr als tragfähig, die junge Frau darf manchmal nicht mehr arbeiten, sie muss eine neue Wohnung finden und ihre Beziehung zum Kindsvater klären. Vieles in der Zukunft ist unklar: Wie gestalte ich mein Leben mit dem Kind? Wo werde ich leben? Wie kann ich meine Ausbildung weiterführen? Wo finde ich Unterstützung? All diese Fragen treiben die werdenden Mütter um. Sie fühlen sich oft sehr allein gelassen. Denn die klassischen Angebote für Eltern in den Stadtteilen erreichen die jungen Frauen



meist nicht, da die Besucherinnen dort oftmals im Alter ihrer Mütter sind. Die jungen Mütter möchten sich nicht ständig rechtfertigen, warum sie schon so früh ein Kind haben.

Die Dienstagsgruppe, die alle 14 Tage stattfindet, wird hingegen zu einem stabilisierenden Faktor. Dort treffen sich Frauen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Sie sind Schülerinnen, Auszubildende, Studentinnen, haben

keine Ausbildung oder stehen bereits im Beruf – eine ungeplante Schwangerschaft trifft alle gleichermaßen. Manche leben schon in Partnerschaften oder ziehen mit dem Partner zusammen und müssen den Alltag mit dem Kind meistern. Andere werden künftig alleinerziehend sein. Den Alltag zu bewältigen, ist eine große Herausforderung für alle jungen Mütter und schweißt sie zusammen.

Ist ein vertrauter Rahmen entstanden, werden viele Themen angesprochen, mit denen die jungen Mütter konfrontiert sind. Es entlastet die jungen Frauen sehr zu erleben, dass es den anderen Müttern ähnlich geht. Gerade im ersten Jahr mit dem Kind ist es wichtig, einen Ort zu haben, an dem man sich austauschen kann, Rat und Unterstützung bekommt. Auch Lob und Wertschätzung für die anstrengende Erziehungsarbeit ist für die jungen Frauen wichtig. Oft entsteht ein sehr vertrautes Verhältnis, und viele Mamas wenden sich auch noch nach Jahren an uns, wenn es mal eng wird.

Stefani Brenner

Sexuelle Bildung für Geflüchtete

pro familia Freiburg ist regelmäßig mit Angeboten zur sexuellen Bildung in VAB-O Klassen an Berufsschulen. Das Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf (VAB) ist ein Schultyp an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg und entspricht dem Niveau des Hauptschulabschlusses. In VAB-O Klassen erhalten Jugendliche ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen intensive Sprachförderung.



Im Jahr 2018 hat die Beratungsstelle in den VAB-O Klassen rund 200 Teilnehmer*innen aus Afghanistan, Syrien, Irak, Somalia, Sudan, Eritrea und anderen Ländern erreicht. Für diese Arbeit konnte eine pädagogische Honorarkraft mit Fluchterfahrung gewonnen werden. Schwerpunkte des geschlechtsspezifischen Angebotes sind unter anderem das Mann- und Frausein in Deutschland und mögliche Unterschiede zu den Herkunftsländern sowie Sexualität und Gesundheit, Schwangerschaft und Geburt, Verhütung, Frauenärzt*in, Jungfernhäutchen, Beschneidung (weiblich und männlich), Heirat und die Bedeutung von Familie, Kindern und Partnerschaft sowie Religion in Partnerschaften. In diesen Themenfeldern geht es zum Beispiel um die Frage, wie man erkennt, ob eine Frau oder ein Mann verheiratet ist, wie Mann eine Frau ansprechen kann und ab wann eine Beziehung beginnt. Geredet wird auch darüber, wie Entscheidungen in deutschen Ehen und Familien getroffen werden. Und natürlich wird über die Frage diskutiert, wie man seine eigene Kultur in Deutschland weiterleben kann.

In den geschlechtshomogenen Gruppen begegnen die jungen Frauen und Männer Themen wie Liebe, Partnerschaft, Gesundheit und Sexualität sehr offen. Auffallend ist, dass sich die Vorstellungen von Werten innerhalb einer Partnerschaft in den verschiedenen Kulturen sehr ähneln. Manchmal ist aber auch zu spüren, dass die jungen Menschen bemüht sind, einen möglichst liberalen Eindruck zu hinterlassen.

In den Frauengruppen wird oft über die weibliche Genitalverstümmelung gesprochen. Die betroffenen Frauen

zeigen anhand des Vulvamodells mit schockierender Normalität, wie ihre Vulva jetzt aussieht. Ein weiteres Thema ist der Einfluss der Familien auf die künftige Partnerwahl, die viele als unfrei, einschränkend und kontrollierend empfinden. Dennoch gibt es für sie keine Alternative, da sie ihre Familien unterstützen wollen oder müssen. Große Verunsicherung herrscht in den Männergruppen vor allem beim Thema Homosexualität, die noch immer als Tabu gilt. Die jungen Menschen haben sich im Vorfeld gar nicht oder nur selten darüber ausgetauscht. Die Einstellungen der Männer sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von liberalen Haltungen bis hin zu homophoben Äußerungen. Die Vorstellung, ein „Hausmann“ zu sein, erscheint vielen als abwegig.

Die Internetseite www.zanzu.de erweist sich mit vielen Informationen in 13 verschiedenen Sprachen für die Arbeit als hilfreich. Dort können die jungen Erwachsenen, auch über den Besuch von **pro familia** hinaus, fundierte Informationen erhalten.

*Tobias Clausnitzer/
Katharina Böhmer-Kastens*

Auch Männer erleiden sexuelle Gewalt

Auch Männer erleiden sexuelle Übergriffe, auch Männer erleiden sexualisierte Gewalt – die Waiblinger Beratungsstelle pro familia reagiert darauf mit einer ganz bewussten Ausweitung ihres Angebots.



Richard Horváth

Männer?! Wieso Männer?! Das ist die erste Frage bei diesem Thema, immer. Belästigt, begrabscht, beleidigt, missbraucht, vergewaltigt werden doch Frauen – auch Männer sollen Opfer sein? Die können sich doch wehren! Richard Horváth, 35, kennt diesen Reflex, der sich einstellt, wann immer das Gespräch auf seine Arbeit kommt: Er bietet bei **pro familia** Beratung an für Betroffene. So verfestigt sind unsere Geschlechterbilder, dass jeder erst mal sagt: Männer?!

Doch, auch Männer. Es beginnt bei der übergriffigen Wortwahl, erklärt Horváth, und kann von „unerwünschten Berührungen“ bis hin zur Vergewaltigung reichen, von der Kränkung über die Demütigung bis zur Traumatisierung. Manche der Männer, die zu Horváth kommen, wurden in ihrer Kindheit missbraucht und können sich dem, was sie erlitten haben, erst nach vielen Jahren der Verdrängung und Abspaltung stellen. Andere sind als Erwachsene in eine Lage geraten, die sie erstarren und „einfrieren“ ließ, in eine Situation, die jede Handlungsfähigkeit lähmt. Schwule Männer sind darunter und heterosexuelle; Männer, die von Männern angegangen wurden oder von Frauen. Oft spielen Machtverhältnisse eine Rolle, Konstellationen, „wo Hierarchien ausgeprägt sind“.

Übergriffige Sprüche, Grobheiten, blanke Gewalt

Wenn Horváth in Schulklassen sexualpädagogische Workshops leitet, komme es vor, dass Jungen Vertrauen fassen, sich öffnen und erzählen – sie berichten von sexualisierten Grobheiten und

kennt keine Worte für diesen Schmerz, weiß nicht darüber zu reden, neigt dazu, ihn nicht gelten zu lassen. Ein Mann, der von einem Mann belästigt wurde, muss, wenn er sich offenbart, damit rechnen, dass er zu hören bekommt: „Bist du schwul?“ Und ein Mann, der von einer Frau belästigt wurde? „Ach, das wünschst du dir wohl!“

Beratungsangebote sind rar

Klienten, die zu Horváth kommen, haben in der Regel bereits lange mit sich gerungen. „Im Internet recherchiert“ und seien „teilweise am Verzweifeln: Was mir passiert ist, gibt es anscheinend gar nicht! Ich stehe alleine da.“ Beratungsangebote sind rar, fundierte Hintergrund-Artikel auch. Deshalb setzt **pro familia Waiblingen** einen sehr bewussten Gegenakzent – das Projekt „Flügel“ trägt neuerdings den Untertitel „Wir helfen Frauen und Männern, die aktuell oder in der Vergangenheit von sexualisierter Gewalt betroffen sind“. Das Signal lautet: Doch, das gibt es. Und ja, es gibt Hilfe.

Manchmal reicht ein klärendes Gespräch, oft wirken einige Beratungstunden heilsam, bisweilen hilft nur die Weitervermittlung in eine Therapie. Das Erste und Wichtigste aber, das Horváth bei jeder einzelnen Erstbegegnung dem Betroffenen zu vermitteln versucht, ist immer dies: „dass ihnen geglaubt wird; dass ihr Leid gesehen wird.“

Text: Peter Schwarz für die Schorndorfer Nachrichten vom 30.7.2018.

Foto: Gabriel Habermann. Gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Fachdialognetz für schwangere geflüchtete Frauen

Das Fachdialognetz für schwangere geflüchtete Frauen ist ein bundesweites Modellprojekt zur Vernetzung und Unterstützung von Berufsgruppen, die schwangere geflüchtete Frauen begleiten, fördern oder behandeln. Das Projekt, das im September 2019 endet, wird wissenschaftlich evaluiert und über einen Zeitraum von drei Jahren vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert. **pro familia Karlsruhe** ist einer von acht Standorten.

Zum Start des Projekts wurde ermittelt, welche Akteure und Anbieter sich um die (gesundheitliche) Versorgung geflüchteter Frauen kümmern. Bei Fachveranstaltungen und in Arbeitskreisen lernte man sich kennen, tauschte sich aus und kam zu folgenden Erkenntnissen:

Geflüchtete Frauen leben nicht selten in desolaten Verhältnissen. In den Sammelunterkünften sind sie oft nicht ausreichend vor Gewalt geschützt. Eine eigene Wohnung zu finden, ist nur sehr selten möglich. Vielerorts fehlt es an Kinderbetreuung – vor allem, wenn die Mütter in der Klinik sind – sowie an Sprachkursen mit Kinderbetreuung. Zudem haben die Expert*innen eine niederschwellige Begleitung geflüchteter Frauen angemahnt und auf bürokratische Hürden, unklare Rechtsverhältnisse sowie die Tatsache hingewiesen, dass geflüchtete Frauen häufig traumatisiert sind.

Diese Analyse wurde verantwortlichen Behörden, Beratungsstellen, Facharbeitskreisen und wissenschaftlichen Instituten zur Verfügung gestellt. In Fachveranstaltungen – etwa zum Thema weibliche Genitalverstümmelung, Umgang mit traumatisierten Klientinnen oder gynäkologische Beratungsangebote für Mitarbeiter*innen aus Anschluss- und Gemeinschaftsunterkünften – wurden die Problemfelder erörtert und bearbeitet. Auch wurde eine Erweiterung der Hebammenausbildung um den Aspekt des kultursensiblen Umganges mit geflüchteten und migrierten

Frauen anderer Kulturkreise auf den Weg gebracht. Diese Informations- und Fortbildungsveranstaltungen schufen zugleich eine Plattform, um sich zu vernetzen. Der Dialog zwischen Fachkräften verschiedener Professionen aus dem gesundheitlichen, psychologischen und sozialpädagogischen Bereich führte zu Kooperationen verschiedener Träger und stellte Synergien her. Eine weitere Säule des Fachdialognetzes ist eine Datenbank, die regelmäßig aktualisiert wird. Dort findet man eine umfangreiche Mediathek, Anlaufstellen für Fachakteur*innen, Expert*innen und Termine zu Veranstaltungen, Fortbildungen, Workshops und Kongressen.

Im April wird an allen acht Standorten des Modellprojekts die Arbeit beendet. Im Rahmen eines Abschluss-Kongresses werden am 25. September in Berlin Erfahrungen und Handlungsempfehlungen vorgestellt und diskutiert. Zum Abschluss muss noch die Frage der Nachhaltigkeit des Projekts geklärt werden und es wäre sicherzustellen, dass die umfangreiche Datensammlung auf der Projekthomepage auch künftig regelmäßig aktualisiert und somit zum Nutzen aller Beteiligten erhalten werden kann.



Fachdialognetz
für schwangere, geflüchtete Frauen

www.fachdialognetz.de

Schatzkiste ICH

Das Lern- und Arbeitsheft zum Thema Sexualität für Jugendliche mit und ohne Flucht- und Migrationshintergrund wurde von **pro familia Ludwigsburg** in einem Kooperationsprojekt mit der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg erarbeitet und von der Heidehofstiftung gefördert.



Das Heft stellt in abgeschlossenen Modulen in leicht verständlicher Sprache verschiedene Aspekte der Sexualität vor. Relevante Standardsituationen und alltagsrelevante Dialoge werden von Figuren unterschiedlicher kultureller Herkunft präsentiert, die in ansprechenden Zeichnungen dargestellt sind. Das Heft hilft, den eigenen Körper kennen- und wertschätzen zu lernen – und ist damit Basis für einen achtsamen Umgang mit sich und anderen. Es findet eine sensible Sprache der Verständigung und regt zu einer wertorientierten Auseinandersetzung über sexualitätsbezogene Menschenrechte an.

Das dazugehörige didaktische Begleitheft beinhaltet sowohl didaktisch-methodische Kommentare für die Nutzung des Heftes in der kultursensiblen sexualpädagogischen Praxis als

auch die Ergebnisse der pädagogischen Begleitforschung. Bei der Entwicklung, Überarbeitung und Evaluation der Materialien waren unterschiedliche Professionen sowie 35 Jugendliche mit Migrationshintergrund und zumeist Fluchterfahrung eingebunden. Die Materialien der Autor*innen Dr. Sonja Schaal und Prof. Dr. Steffen Schaal sind im Februar 2019 beim Friedrich Verlag erschienen.

www.friedrich-verlag.de

Neue Landesgeschäftsstelle

pro familia Baden-Württemberg hatte am 10. Dezember 2018 zur Eröffnung der neuen Räume in der Königstraße 2 in Stuttgart eingeladen. Die Einweihungsfeier wurde genutzt, um gemeinsam mit dem Paritätischen Landesverband an die internationale Erklärung der Menschenrechte vor 70 Jahren zu erinnern. Dorothea Wehinger, MdL, Frauen-, Familien- und Kinderpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion sowie Sabine Wölfe, MdL, Sprecherin für Sozialpolitik, Frauen- und Gleichstellungspolitik der SPD-Landtagsfraktion, nahmen Frauenrechte als Teil der Menschenrechte in



den Fokus und wiesen darauf hin, dass vieles hart erkämpft werden musste. So ist Vergewaltigung in der Ehe erst seit 22 Jahren eine Straftat. Gleichstellungspolitik und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper sind heute wieder

gefährdet. Ursel Wolfgramm, Vorsitzende des Paritätischen Baden-Württemberg, und Ruth Weckenmann überreichten den beiden Landtagsabgeordneten sowie deren Kollegin Stefanie Seemann, MdL, die in Vertretung des sozialpolitischen Sprechers der GRÜNEN-Landtagsfraktion gekommen war, symbolisch die Menschenrechte in Form von Aktionsplakaten der paritätischen Kampagne „Mensch du hast Recht“. Damit verbanden sie den Auftrag, sich weiterhin für die Umsetzung der Frauenrechte sowie der sexuellen und reproduktiven Rechte stark zu machen.

Positionierung

Wechselmodell – Stellungnahme des Arbeitskreises Trennung

Das Wechselmodell sieht vor, dass Kinder, deren Eltern getrennt sind, zu gleichen Anteilen sowohl bei der Mutter wie auch beim Vater leben. In einigen Ländern Europas ist diese Form der Verantwortung für gemeinsame Kinder nach der Trennung als Regelform der Betreuung festgeschrieben. Im März

2018 hat die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, um dies auch in Deutschland zu erreichen. Der landesweite **pro familia**-Arbeitskreis Trennung setzt sich dafür ein, Eltern bei der Suche nach einem bedarfsgerechten Betreuungsmodell zu unterstützen und kein Regelmodell zu etablieren, das der großen Bandbreite an Bedürfnissen und Möglichkeiten nicht gerecht wird.

Der Arbeitskreis äußert sich in einer Stellungnahme unter dem Titel „Paradigmenwechsel in der Familienpolitik – das Wechselmodell als Regelmodell für getrennte Familien?“

www.profamilia.de/ueber-profamilia/landesverbaende/landesverband-baden-wuerttemberg/stellungnahmen.html

Aktuelles

Kooperation mit dem Kultusministerium

Seit 2017 arbeitet **pro familia** Baden-Württemberg mit dem Kultusministerium zusammen, das Sexuelle Bildung in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren als Querschnittsthema stärker verankern will. Sexualpädagog*innen von **pro familia** waren 2018 in die Lehrerfortbildung eingebunden und arbeiten an der Konzeption weiterer Fortbildungen mit.

Meinungsbildung zu Nicht-Invasiven Pränatal-Tests (NIPT)

In Fachgremien und im Verbandsrat diskutierte **pro familia** intensiv über Nicht-Invasive Bluttests (NIPT) und deren potentielle Kassenfinanzierung. Früher als mit invasiven Verfahren und ohne Fehlgeburtsrisiko lassen sich damit Chromosomenstörungen feststellen. Die potentielle Kassenfi-

nanzierung stößt auf Kritik u.a. von Behindertenverbänden. **pro familia** Baden-Württemberg arbeitet an der Position des Gesamtverbandes mit.

Neue Flyer

Zwei neue Flyer geben Orientierung über die Angebote und die Standorte von **pro familia** in Baden-Württemberg. Der Flyer „Unsere Angebote“ gibt grafisch einen Überblick und listet alle Beratungsstellen und die Außenstellen mit den Kontaktadressen auf. Der Flyer Beratungs- und Bildungsangebote stellt die Schwerpunkte und die Arbeitsweise vor.



Zehn-Punkte-Plan zum Weltfrauentag 2019

Zum Weltfrauentag 2019 präsentierten **pro familia** Baden-Württemberg und Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg in Pforzheim einen Zehn-Punkte-Plan zur Wahrung der Rechte im Schwangerschaftskonflikt. Ziel ist die Umsetzung der dort festgelegten Maßnahmen für eine gute Beratung, Hilfen sowie sichere und verlässliche medizinische Versorgung überall im Land. Die **pro familia** Beratungsstelle hatte zur Auftaktveranstaltung Akteur*innen der lokalen und der Landesebene eingeladen.

Die 10 Punkte im Detail: www.profamilia.de/ueber-profamilia/landesverbaende/landesverband-baden-wuerttemberg/presse.html

Ehrung – 40 Jahre für pro familia

Die Ärztin Renate Wenig und der Sozialpädagoge Roland Riedl blicken auf vier Jahrzehnte im Einsatz für den **Ortsverband Tübingen/Reutlingen** zurück. Beide haben in der Schwangerenberatung gewirkt, verfügen über Zusatzqualifikationen in der psychoanalytischen Beratung und waren in allen Beratungsfeldern tätig. Renate Wenigs Schwerpunkt lag bei medizinischen Themen, etwa in der Pränataldiagnostik, die sie auch für ihre Kolleg*innen der anderen Fachdisziplinen aufbereitet hat. Bis heute ist sie in der Onlineberatung aktiv. Roland Riedl hat die sexualpädagogische Arbeit auf- und ausgebaut. Die Gründung des lan-



desweiten Fachforums Sexualpädagogik geht auf seine Initiative zurück. Beide haben etliche Jahre im Vorstand des Landesverbandes mitgewirkt – Roland Riedl in den frühen Jahren, Renate Wenig bis 2015. Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Christel Althaus ehrte beide auf der Mitgliederversammlung für ihren leidenschaftlichen Einsatz.

Forderung nach Fortpflanzungsmedizingesetz übernommen

Auf der Bundesdelegiertenversammlung 2018 hat der Gesamtverband beschlossen, sich in Anlehnung an die Stellungnahme von **pro familia**

Baden-Württemberg für ein Fortpflanzungsmedizingesetz einzusetzen und die Kinderwunschberatung zu stärken.

Danke und alles Gute!

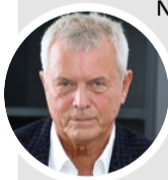
Beate Berg-Haller

Nach 35 Jahren, davon 27 als Leiterin, ist Beate Berg-Haller zum Jahresende mit einem großen Fest verabschiedet worden. Die Sozialpädagogin hat **pro familia Villingen-Schwenningen** zu einer fachlich hoch geachteten Einrichtung mit breitem Beratungsspektrum gemacht. Sie hat neben der Schwangerenberatung und der Sexualpädagogik die Sexual- und Paarberatung ausgebaut. Einer ihrer Leitsätze war, dass in jeder Therapiesitzung mindestens einmal gelacht werden muss – Humor nicht nur als Stilmittel, sondern als Mittel zur Veränderung. Der besondere Einsatz von Beate Berg-Haller galt denjenigen Klient*innen, die keine Lobby in der Gesellschaft haben - den Alleinerziehenden, den Menschen mit wenig Geld und Chancen, den Geflüchteten. So erreichte sie die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel für Bedürftige durch den Landkreis. Mit Beate Berg-Haller verabschiedete sich auch ein Teil des langjährigen Vorstandes in den Ruhestand: Vorsitzender Heinz Lörcher, Karin Henrich-Zitzmann, Dr. Rainer Zitzmann und Kathrin Pfähler-Lörcher.



Arndt Linsenhoff

Nach 36 Jahren verlässt Arndt Linsenhoff **pro familia Heidelberg**, 22 Jahre davon hat er gemeinsam mit Ulrike Mayer-Ullmann die Beratungsstelle geleitet und die Arbeit des Teams geprägt. Zum Abschied im Juli 2018 plädierte er im Verbandsrat dafür, sich als Fachverband auch zu Tabuthemen zu Wort zu melden. Dem Psychologen und Psychotherapeuten war die Qualitätsentwicklung in der Beratung und Therapie ein wichtiges Anliegen. Er entwickelte schon vor 20 Jahren Rückmeldebögen für Klient*innen sowie ein Verfahren, um die Wirksamkeit des therapeutischen Vorgehens und gleichzeitig die Eigenverantwortung der Klient*innen zu stärken. Über viele Jahre war er für den **pro familia** Landesverband Sprecher für den Bereich Psychotherapie und psychologische Beratung. Arndt Linsenhoff arbeitete auch im Bundesverband im früheren Fachausschuss „Sexualberatung“ und bei der Entwicklung der Ausbildung „Systemische Paar- und Sexualtherapie und -beratung“ für **pro familia** Mitarbeiter*innen mit.



Liv Pfluger

Im August 2018 verabschiedete sich Liv Pfluger, Diplompädagogin und langjährige Leiterin der **Beratungsstelle Ravensburg**, in den Ruhestand. Die Beratungsstelle war wenige Monate zuvor unter das Dach von **pro familia** gekommen. Liv Pfluger war 34 Jahre für den Verein „Frau und Gesellschaft“, heute **pro familia Ravensburg**, tätig und hat die Arbeit der konfessionell, weltanschaulich und parteipolitisch ungebundenen Beratungsstelle geprägt.



Beate Ruoff

Beate Ruoff, war von 2010 bis 2018 für **pro familia Böblingen** tätig, seit 2013 in der Leitung. Die Diplom-Pädagogin mit systemischer Zusatzausbildung war in allen Beratungsfeldern aktiv und hat ergänzend zur psychosozialen Beratung für Frauen, Familien und Paare die Kinderwunschberatung bei **pro familia Böblingen** ausgebaut. Zum 1. Juli 2018 wechselte sie in eine neue Wirkungsstätte.



FORTBILDUNGSANGEBOT 2018

Wann	Thema	Zielgruppe	Teilnehmer*innen
8. März 2018	Entwicklungen im Familienrecht	Trennungsberater*innen, Mediator*innen	12
9. März 2018	Moderne Eltern im Stress – mangelhafte Unterstützung durch Gesellschaft und Politik	Schwangerenberater*innen	23
13. April 2018	Landes-Team-Treff Erstkontakt – fachlicher Austausch und Fortbildung	Mitarbeiterinnen Bereich Erstkontakt	13
18. Juni 2018	Sexocorporel – Einführung in ein neues sexualtherapeutisches Modell	Psychologische Berater*innen und Interessierte	15
18./19. Oktober 2018	Klausurtagung Leitungsgremium GLG Kampagnenmanagement	Geschäftsführer*innen	19
22./23. Oktober 2018	Trans*geschlechtliche Vielfalt in der Beratung	Sexualpädagog*innen	25
23. November 2018	Kinderwunschberatung im Kontext moderner Familiengründungen	Ärztinnen und psychologische Berater*innen	19